

PICUM QUARTALSRUNDBRIEF Juli - September 2014

GRENZEN

VEREINTE NATIONEN

ENTWICKLUNGEN IN DER EU-POLITIK

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

GESUNDHEITSWESEN

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

UNDOCUMENTIERTE FRAUEN

UNDOCUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN

GRENZEN

FRANKREICH / Französische und britische Behörden vereinbaren Kooperation für den Hafen Calais

Die britische Innenministerin Theresa May und der französische Innenminister, Bernard Cazeneuve, kündigten am 20. September 2014 ihre Zusammenarbeit an, um irreguläre Einwanderung von der französischen Stadt Calais nach Großbritannien einzudämmen. Ein gemeinsamer Interventionsfonds wird eingerichtet und die britische Regierung hat 15 Millionen Euro innerhalb von drei Jahren zugesagt, um Sicherheitsmaßnahmen im Hafen von Calais zu verstärken und Migrant/innen von der Überfahrt abzuhalten. Außerdem ist eine engere Kooperation der Polizei beider Länder mit dem Ziel Schleppern entschieden entgegenzutreten, vorgesehen. Darüber hinaus sollen Migrant/innen durch Informationskampagnen von der Überfahrt nach Großbritannien abgebracht werden.

Quellen: [La Voix du Nord](#), 20. September 2014; [The Guardian](#), 20. September 2014

GRIECHENLAND / Forderung nach zusätzlicher EU Hilfe zum Schutz der Aussengrenzen

Wegen der erhöhten Zahl irregulärer Migrant/innen – vor allem aufgrund der Konflikte in Syrien und im Irak – hat Griechenland um zusätzliche finanzielle Hilfe von der Europäischen Union gebeten. Der Minister für Minister

für Schifffahrt und die Ägäis, Miltiadis Varvitsiotis, hat auf einer Pressekonferenz am 4. September 2014 erklärt, es werde bis zum Ende des Jahres, verglichen mit dem Vorjahr, eine Verdreifachung der in der Ägäis aufgegriffenen undokumentierten Migrant/innen erwartet. Nach Aussagen des Ministers sind 2013 mehr als 10.500 Menschen festgenommen worden, während sie versuchten die Grenze zu überqueren; in den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden bereits 17.000 Menschen, mehrheitlich Syrer, festgenommen. Die griechische Regierung warnte, dass Griechenland der Flüchtlingswelle mit unzureichenden finanziellen Ressourcen nur schwer gerecht werden könne und in Folge dessen, Griechenland zur Gefahrenzone werden könne.

Quellen: [Ekathimerini](#), 4. September 2014; [Reuters](#), 4. Sep 2014

LIBYEN / Pläne für eine Zusammenarbeit mit der EU, um irreguläre Migration zu stoppen

Die libysche Regierung und die EU diskutieren Maßnahmen, um irreguläre Migrant/innen davon abzuhalten, nach Europa zu gelangen. Der libysche Premierminister Abdullah Al-Thinni sprach auf einem Treffen mit EU-Beamten am 11. Juli 2014 über irreguläre Migration in Zusammenhang mit nationaler Sicherheit und Menschenrechten. Von den geschätzten 88.000 Menschen, die 2014 per Boot in Italien ankamen, wird vermutet, dass 77.000 Menschen von Libyen aus aufgebrochen sind.

Quellen: [South Africa Today](#), 12 Juli 2014; [Malta Today](#), 8. August 2014

MITTELMEER / Über 700 Migrant/innen sterben im Mittelmeer

In der Woche zwischen dem 9. Und 11. September 2014, starben knapp 700 Migrant/innen in zwei Schiffsunglücken im Mittelmeer. Menschenschmuggler werden beschuldigt, die beiden Boote gerammt und versenkt zu haben. Eines der Boote, mit über 500 Passagieren, sank in der Nähe von Malta. Den Berichten Überlebender zufolge, wurden die Passagiere mehrmals gezwungen, die Boote zu wechseln. Als die Migrant/innen sich weigerten in ein Boot zu wechseln, das sie für unsicher hielten, rammten die Schmuggler das Boot solange bis es kenterte. Unterdessen ging ein anderes Boot mit mindestens 250 Passagieren an Bord am 13. September vor der libyschen Küste unter. Die Schiffsunglücke ereigneten sich einen Monat vor dem ersten Jahrestag der Tragödie von Lampedusa, bei der am 3. Oktober letzten Jahres über 360 Menschen ertranken. Zuvor im Juli 2014 wurden fünf Männer aus Syrien, Marokko und Saudi Arabien in Messina, Sizilien, festgenommen. Sie werden beschuldigt, für den Tod von 60 Migrant/innen verantwortlich zu sein, die am 17. Juli 2014 auf einem Boot mit vermutlich 700 Passagieren Libyen verließen. Überlebende berichteten, dass es auf dem Boot zu Unruhen kam als die in den Schiffsraum gequetschten Menschen Panik bekamen, da sie aufgrund der Hitze und des Rauchs des Schiffsmotors nicht atmen konnten. Als sie versuchten, den Frachtraum zu verlassen, wurden sie von den fünf mittlerweile festgenommenen Männern willkürlich getreten, geschlagen und zu Tode gestochen und dann ins Meer geworfen.

Quellen: [Deutsche Welle](#), 15. September 2014; [Open Letter](#), François Crépeau, UN-Sonderberichterstatter für die Rechte von Migranten, 29. September 2014; [La Repubblica](#), 23. Juli 2014; [The Local](#), 24. Juli 2014

BERICHTE / Tod an den europäischen Grenzen

Amnesty International veröffentlichte zwei Berichte, die den unzureichenden Schutz von Migrant/innen und Flüchtlingen an den EU Außengrenzen thematisieren. Der Bericht "Der humanitäre Preis der Festung Europa: Menschenrechtsverletzungen gegen Migrant/innen und Flüchtlinge an den Grenzen Europas" (The Human Cost of Fortress Europe: Human Rights Violations Against Migrants and Refugees at Europe's borders), veröffentlicht am 9. Juli 2014, untersucht die Grenzpolitik der EU und zeigt, auf welche Weise diese das Leben der Migrant/innen aufs Spiel setzt. Der Bericht bringt die Kosten für den Grenzschutz und die Rückführungen in Zusammenhang mit den wesentlich geringeren Ausgaben zum Schutz von Migrant/innen in der EU. Besagten Bericht können Sie über [diesen](#) Link abrufen. Ein weiterer Bericht von Amnesty International, "Dahin treibende Leben: Flüchtlinge und Migrant/innen in Gefahr im Mittelmeer" (Lives adrift: Refugees and migrants in peril in the central Mediterranean), veröffentlicht am 30. September 2014, fordert sichere und legale Wege nach Europa, um das Sterben im Mittelmeer ein Ende zu bereiten. Den Bericht können Sie [hier](#) lesen.

Quellen: [Amnesty: News](#), 9. Juli 2014; [Amnesty International](#), 30. September 2014

BERICHT / Weltweite Daten über den Tod von Migrant/innen

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) veröffentlichte am 29. September 2014 einen Bericht mit

neuen Daten über tödlich verunglückte Migrant/innen. Der Bericht "Tödliche Routen: Nachforschung über Todesfälle während Migration" (Fatal Journeys: Tracking Lives Lost During Migration) schätzt, dass seit 2000 mehr als 40.000 Menschen während ihrer Migration starben; das sind durchschnittlich acht pro Tag. Der Bericht macht außerdem klar, dass Europa das weltweit gefährlichste Ziel für Migrant/innen ist: Seit 2014 starben bereits geschätzte 3000 Menschen und seit 2000 mindestens 22.400 Menschen. Der Bericht wurde innerhalb des IOM-Projekts 'Missing Migrants' (Vermisste Migranten) erstellt und kann über diesen [Link abgerufen](#) werden.

Quellen: [IOM](#), 29. September 2014; [The Guardian](#), 29. September 2014

VEREINTE NATIONEN

UN / Internationaler Tag gegen Menschenhandel

Die Vereinten Nationen ernannten den 30. Juli 2014 zum ersten internationalen Tag gegen Menschenhandel. Das Ziel ist, dass Bewusstsein für die Not von Millionen Frauen, Männern und Kindern, die Opfer von Menschenhandel sind, zu erhöhen und die Bevölkerung zu ermutigen, etwas gegen dieses Verbrechen zu unternehmen. Zu diesem Anlass hat das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC) ein [Faltblatt](#) mit Zahlen und Fakten zu Menschenhandel herausgegeben. Für mehr Information klicken Sie [hier](#).

UN / Ausschuss über die Rechte von Arbeitsmigranten fordert das Ende der Abschiebehaft für Migrantenfamilien

Der Vorsitzende des UN-Ausschusses über die Rechte von Arbeitsmigranten (CMW) gab am dritten Juli 2014 eine Stellungnahme ab, um die Abschiebehaft von Migrantenkindern zu beenden. Die Stellungnahme fordert Staaten auf, die Abschiebehaft von Kindern abzuschaffen und Alternativen einzuführen, die im besten Interesse des Kindes sind. Die Stellungnahme können Sie [hier](#) lesen.

Quelle: OHCHR Civil Society Section, News on Treaty Bodies Nr 26, Juli 2014

EUROPAPOLITIK

EU PARLAMENT / Anhörungen der ernannten EU-Kommissare

Im Rahmen der öffentlichen Anhörungen der Kandidaten für die EU Kommission vom 29. September bis 7. Oktober durch die Ausschüsse des Europäischen Parlaments, präsentierte sich am 30. September der designierte Kommissar für das Ressort Migration und Innenpolitik der Europäischen Kommission, Dimitris Avramopoulos, dem Ausschuss des Europäischen Parlaments für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE). Herr Avramopoulos bezeichnete die Notwendigkeit, den Schutz von Grund- und Menschenrechten sicherzustellen als oberste Priorität im Rahmen der Migrationssteuerung und Grenzkontrollen. Er betonte, dass aktuelle Herausforderungen im Zusammenhang mit Migration nicht durch die Errichtung einer "europäischen Festung" erwidert werden sollten, sondern dass dringend ein Rahmen geschaffen werden müsse, welcher legale Einwanderung nach Europa ermöglicht. Der designierte Kommissar betonte auch die Notwendigkeit, Frontex weiter zu stärken und ein neues europäisches Grenzschutzsystem wirksam zu aufzubauen, das dem Grundsatz der Solidarität folgt und zum Ziel hat, nationalen Behörden bei der Grenzkontrolle zu helfen.

Quelle: [Europäisches Parlament](#), 30. September 2014

EU KOMMISSION / Neuer Einsatz der EU Grenzschutzagentur Frontex im Mittelmeer

Die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström kündigte am 27. August 2014 an, dass im November 2014 im Mittelmeer ein neuer Einsatz der EU Grenzschutzagentur Frontex eingeführt wird. Die Anlaufkosten der Aktion Triton werden auf 20 Millionen Euro geschätzt. Der Einsatz wird nicht die, im Jahre 2013 von Italien eingesetzte, Such- und Rettungsmission Mare Nostrum ersetzen, sondern ist eine Ergänzung, abhängig von Mitteln und finanziellen Beschränkungen der EU Mitgliedsstaaten.

Quellen: [EU Observer](#), 3. September 2014; [The Guardian](#), 29. August 2014; [UNHCR](#), 26. August 2014

EUROPARAT / Forderung, universellen Zugang zu medizinischer Versorgung aufrechtzuerhalten

Der Menschenrechtskommissar des Europarates, Nils Muižnieks, forderte am 7. August 2014 den universellen Zugang zu qualitativ hochwertiger und kostengünstiger medizinischer Versorgung. Er betonte, dass der Zugang zu medizinischer Versorgung von Sparmaßnahmen während der Wirtschaftskrise untergraben wurde und dass der Ansatz personenbezogener und an Menschenrechten orientiert sein müsste. Er hob auch hervor, dass viele Menschen trotz Bedenken bezüglich ihres Gesundheitszustandes gewaltsam in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden, auch wenn unklar sei, ob die notwendige Behandlung dort zugänglich sei. Der Kommissar äußerte auch seine Besorgnis über Hindernisse für Kinder beim Zugang zu medizinischer Versorgung und nahm dabei Bezug auf die [Warnung der Weltgesundheitsorganisation \(WHO\)](#) hinsichtlich der möglichen lebenslangen Auswirkungen extremer Armut auf ihre psychische und physische Gesundheit. Um den vollständigen Kommentar zu lesen, klicken Sie [hier](#). ([Französische Version](#)).

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

DEUTSCHLAND / Bundespolizei meldet Anstieg irregulärer Migration

Die deutsche Bundespolizei hat einen unveränderten Anstieg der Anzahl von Personen gemeldet, die irregulär ins Land einreisen. Anlässlich der Präsentation des Jahresberichts der Bundespolizei Mitte August 2014, hob die Polizei hervor, dass ungefähr 33.000 irreguläre Einreisen registriert wurden. Die ist ein Anstieg von fast 27% im Vergleich zum vergangenen Jahr. Unterdessen forderte die Christlich-Soziale Union (CSU), Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze wieder einzuführen, um afrikanische Migrant/innen daran zu hindern, über Italien nach Deutschland einzureisen. Sozialdemokratische Politiker kritisierten den Vorschlag da er eine Politik der Abschottung befördere.

Quellen: [Die Welt](#), 14. August 2014; [Der Spiegel](#), 9. September 2014

ITALIEN / FORSCHUNG / Rechte und Politik hinsichtlich des Anspruches auf Leistungen für irreguläre Migrant/innen in Italien

Dr. Sarah Spencer, Forscherin am „Zentrum für Migration, Politik und Gesellschaft“ (Centre on Migration, Policy and Society, COMPAS) an der Universität Oxford hat zusammen mit Nicola Delvino im September 2014 ihren Bericht „Irreguläre Migrant/innen in Italien: Rechte und Politik zu Ansprüchen auf Leistungen“ („Irregular Migrants in Italy: Law and Policy on Entitlements to Services“) veröffentlicht. Der Beitrag gibt eine Übersicht über italienische Politik und Gesetze bezüglich irregulärer Migration ebenso wie über die Rechtsansprüche irregulärer Migrant/innen in Italien. Der Bericht ist Teil einer umfassenden [COMPAS Studie](#), die das Ausmaß von Leistungen für Migrant/innen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus sowie den unterliegenden Grundprinzipien, diese in EU Ländern zu erhalten, untersucht. Für den vollständigen Bericht klicken Sie bitte [hier](#).

NIEDERLANDE / BERICHT / Jahresbericht der nationalen Berichterstatteerin zu Menschenhandel in den Niederlanden

Die niederländische nationale Berichterstatteerin zu Menschenhandel und sexueller Gewalt gegen Kinder, Corinne Dettmeijer, hat am 17. September 2014 ihren Jahresbericht veröffentlicht, in dem die Lage des Menschenhandels im Land und Empfehlungen für eine effektive Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels erörtert werden. Der Bericht stellt auch klar, dass es unerlässlich für die Regierung ist, Opfer besser zu identifizieren und zu schützen. Im Hinblick auf Vorhaben, den irregulären Aufenthalt in den Niederlanden zu kriminalisieren, hält der Bericht dagegen, dass ein irregulärer Aufenthaltsstatus die Polizei niemals von ihrer Verantwortung befreien sollte, potentielle Opfer über die entsprechenden Schutzmaßnahmen zu informieren. Der bericht gibt an, dass die Tatsache, Opfer von Menschenhandel zu sein, vorrangig berücksichtigt werden muß und schwerer wiegt als der irreguläre Aufenthaltsstatus einer Person. Der vollständige Bericht ist [hier](#) verfügbar.

VEREINIGTES KÖNIGREICH / Einführung von Überprüfungen des Aufenthaltsstatus durch private Vermieter/innen ab Dezember

Am 3. September 2014 kündigte das Innenministerium die Einführung der ersten Phase des Programms „Recht zu mieten“ („right to rent“) an, welches privaten Vermieter/innen in den westlichen Midlands ab Dezember 2014

Strafen in Höhe von bis zu 3.000€ abverlangt, wenn sie es versäumen, den Aufenthaltsstatus neuer Mieter/innen zu prüfen. Die Maßnahme ist Teil eines Pakets des Zuwanderungsgesetzes von 2014, das in einer Rede der Königin 2013 angekündigt wurde. Der Vermieterverband („Residential Landlords Association“) lehnte die Maßnahme ab, mit der Begründung, dass die Überprüfung des Aufenthaltsstatus in der Verantwortung der Grenzbehörden liege und dass private Vermieter/innen nicht für die Durchsetzung des Zuwanderungsgesetzes genutzt werden sollten.

Source: [The Guardian](#), 3 September 2014

VEREINIGTES KÖNIGREICH / Aufenthaltstests für Rechtshilfe gesetzwidrig

Der Oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs hat am 15. Juli 2014 geschlossen dafür gestimmt, dass der Plan der Regierung, einen Aufenthaltstest für Rechtshilfe anzuwenden, diskriminierend, gesetzwidrig und nicht durch Nutzung öffentliche Gelder gerechtfertigt sei. Die gerichtliche Überprüfung wurde von der Organisation „Public Law Project“ (PLP) ausgeführt und wurde am gleichen Tag beschlossen, an dem 33 Organisationen eine gemeinsame Stellungnahme herausgaben, in der sie das Parlament ermahnten, die Maßnahmen abzulehnen. In Übereinstimmung mit der gemeinsamen Stellungnahme und mit Juristen der PLP würde der Test schutzlosen Gruppen neuer Einwohner, darunter Frauen, die vor häuslicher Gewalt geflohen sind, Kinder im Vorschulalter, Obdachlose und Opfer von Menschenhandel und anderen Verbrechen, Rechtshilfe faktisch vorenthalten.

Quellen: [The Guardian](#), 15. Juli 2014; [Migrants Rights Network](#), 15. Juli 2014; [Migrants Rights Network](#), Juli 2014

GESUNDHEITSWESEN

SPANIEN / NGOs fordern spanische Regierung auf, Beschränkungen des Zugangs undokumentierter Migrant/innen zum Gesundheitswesen aufzuheben

Anlässlich des zweijährigen Jahrestages des Inkrafttretens des spanischen Königlichen Gesetzesdekrets (Decreto Real), welches den Zugang undokumentierter Migrant/innen zum Gesundheitswesen beschränkt, hat eine Gruppe von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) einen Brief an die spanische Gesundheitsministerin, Ana Mato, gesendet. In dem Brief bitten sie die Ministerin darum, das Gesetz rückgängig zu machen und die medizinische Versorgung undokumentierter Migrant/innen erneut sicher zu stellen. Die Organisationen geben an, dass Spanien es versäumt habe, den Empfehlungen mehrerer Instrumente der Vereinten Nationen und des Europarates nachzukommen, die eine Reform der Verordnung gefordert hatten.

Quellen: [Europa Press](#), 3. September 2014; [El País](#), 2. September 2014

SCHWEDEN / Studie deckt Todesursachen undokumentierter Migrant/innen auf

Forscher des Fachbereichs für Frauen- und Kindergesundheit, Internationale Gesundheit von Müttern und Kindern (Department of Women’s and Children’s Health, International Maternal and Child Health, IMCH) an der Universität von Uppsala in Schweden, haben eine Studie zu den Todesursachen undokumentierter Migrant/innen in Schweden zwischen 1997 und 2010 durchgeführt. Die Forschung basierte auf Sterbeurkunden, die in dem Zeitraum ausgestellt wurden, aber nie in das Register für Todesursachen des Landes integriert wurden. Auch wenn äußere Umstände zu den Haupttodesursachen undokumentierter Migrant/innen gehörten, betonten die Forscher, dass der ungleiche Zugang zu medizinischer Versorgung, verglichen mit Staatsbürgern, einen erheblichen Unterschied bei der Todesursache ausmache. Auf Basis dieses Befundes bemerkten die Forscher, dass rechtliche Unklarheiten hinsichtlich medizinischer Versorgung geklärt werden müssten, wenn Gerechtigkeit im Gesundheitswesen in einem Land, welches für seine universelle medizinische Versorgung bekannt ist, erreicht werden soll.

Quelle: [Global Health Action](#), 3. Juni 2014

VEREINIGTES KÖNIGREICH / Innenministerium macht medizinische Versorgung gefährlich für Migrant/innen

Das Innenministerium hat Krankenakten des staatlichen Gesundheitsdienstes NHS (National Health Service) benutzt, um irreguläre Migrant/innen aufzuspüren. Ein Bericht des Informationszentrums für Gesundheit und Sozialfürsorge (Health and Social Care Information Centre, HSCIC) macht die Regelmäßigkeit dieses Vorgehens deutlich. Seit 2010 hat das Innenministerium mehr als 12.587 Akten angefragt und in mehr als 6.900 Fällen Zugang erhalten. Unter dem Datenschutzgesetz sind medizinische Akten vertraulich. Das Innenministerium hat

jedoch Nutzen von einer Ausnahmeregelung für Beamte gemacht, Informationen darüber zu erhalten, wo und wann Patient/innen Gesundheitsdienste in Anspruch genommen haben.

Quelle: [The Guardian](#), 13. Juli 2014

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

GRIECHENLAND / Gericht von Patras spricht Urteil über Schüsse auf Arbeitsmigranten in Manolada

Nachdem 155 Arbeitsmigranten aus Bangladesch während einer Auseinandersetzung über ihre Bezahlung auf einer Erdbeerplantage in Manolada, in Griechenland, am 17. April 2013 angeschossen wurden, hat das griechische Schwurgericht von Patras seinen endgültigen Beschluss am 30. Juli 2014 bekannt gegeben. Das Gericht sprach zwei der vier Männer frei, die für den Beschuss, bei dem 35 der 155 Migranten verletzt wurden, beschuldigt wurden. Keiner der vier Angeklagten wurde wegen Menschenhandel schuldig gesprochen, wohingegen der überführte Vorarbeiter zu 14 Jahren und sieben Monaten Haft wegen schwerer Körperverletzung verurteilt wurde sowie ein anderer als Mittäter zu acht Jahren und sieben Monaten. Diese Entscheidung erntete Kritik, sowohl auf nationaler Ebene im griechischen Parlament, als auch auf EU Ebene. Quellen: [The Guardian](#), 31 Juli 2014; [The Independent](#), 31 Juli 2014; [Ekathimerini](#), 31 Juli 2014

IRLAND / Neue Gesetzgebung geht Problematik nicht ausgezahlter Gehälter an

Der „Employment Permits (Amendment) Bill 2014“ (ein Gesetzesentwurf zur Änderung der Arbeitserlaubnis) trat am 1. September 2014 in Kraft und strebt einen weiteren Schutz vor Ausbeutung von undokumentierten Arbeitsmigrant/innen in Irland an. Die neue Gesetzgebung geht Defizite des bisherigen Gesetzes an, besonders eines Urteilsspruchs des [Hohen Gerichts](#) im Jahr 2012, das eine Lohnnachzahlung von 92.000€ an einen undokumentierten Arbeiter verworfen hatte. Die neue Gesetzgebung erlaubt es ausgebeuteten Arbeitern juristische gegen ihre Arbeitgeber Einspruch zu erheben bei ausstehenden Lohnzahlungen und verhindert, dass Arbeitgeber davon profitieren, dass Klagen nicht vollzogen werden können. Um eine kurze, amtliche Erklärung des Gesetzesentwurfs zu lesen, klicken Sie [hier](#).

Quellen: [The Journal](#), 17 Juni 2014; [The Journal](#), 24 April 2014

VEREINIGTES KÖNIGREICH / Beschluss des Obersten Gerichtshof: Rechtsspruch für Diskriminierungsklage trotz illegalem Arbeitsvertrag

Der Oberste Gerichtshof sprach im Fall „Hounga v Allen und ein anderer“ sein [Urteil](#) am 30. Juli 2014. Der Fall betrifft eine Diskriminierungsklage, die von Frau Hounga vorgebracht wurde, eine in Großbritannien lebende undokumentierte Nigerianerin. Frau Hounga war schwerem körperlichen Missbrauch und Drohungen ausgesetzt als sie für 18 Monate als Hausangestellte bei Frau Allen arbeitete. Nachdem sie gewaltsam von ihrer Arbeitgeberin aus dem Haus geworfen wurde, hat Frau Hounga eine Klage wegen Diskriminierung gegen ihre Arbeitgeberin eingereicht. Der Oberste Gerichtshof hat einstimmig geurteilt, dass Ms Hougas Diskriminierungsklage zulässig ist, da die Ungesetzlichkeit des Vertrages wegen ihrem irregulären Status nicht ausreichend an die diskriminierende Handlung verknüpft war, um die Klage abzulehnen. Das volle Urteil ist [hier](#) verfügbar.

USA / Serviceprogramm für Arbeitsmigrant/innen bei Arbeitsvermittlung und Beschäftigung

Das „Centro de los Derechos del Migrante, Inc. (Zentrum für Rechte von Migranten, CDM), das Büros in den USA und in Mexiko hat, veröffentlichte am 30. September 2014 ein neues Serviceprogramm. Dieses verknüpft Technologie und Kunst, um die Transparenz zu steigern und Missbrauch in US-Programmen für ausländische Arbeitnehmer/innen zu bekämpfen. „Contratados“, benannt nach zeitlich befristeten Arbeitsprogrammen, ist an Arbeiter/innen aus Mexiko gerichtet, kann aber von allen Arbeiter/innen mit unterschiedlichen Hintergründen und Visa-Kategorien genutzt werden. Mit einer interaktiven Website, einer Hotline, einem Comic Taschenbuch und einer transnationalen Radiokampagne werden den Arbeiter/innen Mittel angeboten, um sich besser bei der Arbeitsvermittlung und Beschäftigung zurecht zu finden. Durch eine Internetseite für die Nutzer und eine begleitende Hotline können Arbeiter/innen selber Bewertungen über Arbeitgeber und Personalvermittler schreiben sowie gemeinsam wichtige Lücken öffentlicher Informationen zur internationalen Arbeitsvermittlung füllen. Für mehr Information über das Serviceprogramm, klicken Sie [hier](#).

UNDOKUMENTIERTE FRAUEN

EUROPARAT / „Istanbul Konvention“ tritt in Kraft

Am 1. August 2013 trat die Konvention des Europarats zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ([Council of Europe Convention on preventing and combating violence against women and domestic violence](#)) in Kraft. Auch „Istanbul Konvention“ genannt, ist es das erste europäische Abkommen, das sich speziell gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt richtet. Die Konvention beinhaltet gesetzlich bindenden Standards und fordert deren Umsetzung, um Gewalt gegen Frauen zu verhindern, Überlebende zu schützen und Täter zu bestrafen. Von den Vertragsstaaten wird verlangt, die Verfügbarkeit von Diensten wie z.B. Telefonhotlines, sichere Unterkünfte, medizinische Versorgung, Beratung und Rechtsbeistand zu bieten und die Konvention untersagt Diskriminierung bezüglich des Aufenthaltsstatus. Das Inkrafttreten der „Istanbul Konvention“ wurde im Rahmen einer, vom italienischen Außenministerium, der italienischen Abgeordnetenversammlung und dem Europarat organisierten, Konferenz am 19. September 2013 in Rom gefeiert. Um Vorträge der Veranstaltung zu lesen, klicken Sie [hier](#).

Source: [Europarat](#), September 2014

MAROKKO / SPANIEN / Ausbeutung und Missbrauch von Migrantinnen

Berichten zu Folge werden Migrantinnen aus Ländern südlich der Sahara, größtenteils aus Nigeria, auf ihrem Weg nach Europa systematisch missbraucht und ausgebeutet. Die meisten Frauen halten sich in Marokko oder Algerien auf, mit dem Ziel über Melilla spanisches Territorium zu erreichen. Laut Carlos Montero, Leiter des Erstaufnahmezentrums für Migrant/innen (CETI) in Melilla, haben fast alle nigerianischen Frauen, die aus Marokko ankommen, sexuellen Missbrauch erlebt. Dennoch teilte die Spanische Kommission für Flüchtlingshilfe in Euskadi (Comisión de Ayuda al Refugiado en Euskadi, CEAR- Euskadi) mit, dass von 40 Asylanträgen, die von weiblichen Opfern von Menschenhandel zwischen 2009 und 2013 gestellt wurden und von denen 29 Frauen aus Nigeria kamen, keiner bewilligt wurde. Ein Bericht von [„Women’s Link Worldwide“](#) zeigt, dass spanische Behörden oft potenzielle Opfer von Menschenhandel abschieben.

Quelle: [El País](#), 18 July 2014, [Women’s Link Worldwide](#), Juli 2014

VEREINIGTES KÖNIGREICH / Handbuch zur Nutzung der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau

Die rechtliche Arbeitsgruppe zur UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau („CEDAW Legal Working Group“), hat das Handbuch „Using CEDAW in Law: Bringing Women’s Rights Home“ (Rechtliche Nutzung der CEDAW: Frauenrechte vor Ort) herausgebracht. Das Handbuch zur Nutzung der Konvention erklärt, wie diese effektiv in Verfahren zu häuslichen Angelegenheiten angewendet werden kann. Wege, wie die Konvention für die Verteidigung der Rechte von Migrantinnen hilfreich sein kann, erläutert das Handbuch am Beispiel, wie Bedingungen in der Abschiebehaft von Migrantinnen in Großbritannien mit Hilfe der Konvention angefochten werden können. Mehr Informationen über diese Initiative ist [hier](#) verfügbar. Um das Handbuch herunterzuladen, klicken Sie [hier](#).

UNDOKUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN

BUCH / Soziale und wirtschaftliche Bedingungen im Leben junger undokumentierten Migrant/innen

„Sans Papiers: The Social and Economic Lives of Young Undocumented Migrants“ (Undokumentiert: Soziale und wirtschaftliche Bedingungen im Leben junger undokumentierten Migrant/innen) kombiniert eine aktuelle Darstellung der theoretischen und politischen Debatten rund um undokumentierte Migration mit einer tiefgründigen Untersuchung der erlebten Erfahrungen von undokumentierten Migrant/innen in Großbritannien. Durch Beiträge von Migrant/innen bietet das Buch von Alice Bloch, Nando Sigona und Roger Zetter Erkenntnis über Migrationsprozesse, geschlechtsspezifische Erfahrungen und Sehnsüchte von Migrant/innen. Die Schilderung bewegt sich zwischen der Einzigartigkeit individueller Erfahrungen und der Suche nach Gemeinsamkeiten und untersucht so Unklarheiten und Widersprüche der Situation undokumentierter Migrant/innen. Für mehr Informationen, klicken Sie [hier](#).

FORSCHUNG / Städtische Reaktionen auf Migrantenfamilien mit beschränktem Zugang zu Sozialleistungen

Jonathan Price, Forschungsleiter, und Dr. Sarah Spencer, Open Society Forscherin am „Zentrum für Migration, Politik und Gesellschaft“ (Centre on Migration, Policy and Society, COMPAS) an der Universität Oxford veröffentlichten ihren Bericht „City-level responses to migrant families with restricted access to welfare benefits: A European pilot study“ (Städtische Reaktionen auf Migrantenfamilien mit beschränktem Zugang zu Sozialleistungen: Eine europäische Untersuchung) im September 2014. Die Forschung nimmt zwei europäische Städte in den Blick, Berlin und Madrid, und untersucht wie Gesetze und Politik in diesen zwei Städten den Rahmen für Leistungsansprüche und Ausgrenzungen von Sozialleistungen für Migrantenfamilien geben und auf welche Weise, der Staat und Nichtregierungsorganisationen auf die Probleme, die durch die Ausgrenzung entstehen, reagiert haben. Die Studie legt auch einen Schwerpunkt auf die spezielle Situation irregulärer Migrant/innen, indem der eingeschränkte Zugang zu Leistungen oder sogar Ausgrenzung von Rechten und Leistungen, wie z.B. Unterbringung, dargestellt wird. Um die Kurzfassung in Englisch abzurufen, klicken Sie bitte [hier](#). Für den kompletten Bericht, klicken Sie bitte [hier](#).

BERICHT / Neuer Bericht zu qualitativem Rechtsbeistand von unbegleiteten Kindern

Ein vergleichender Bericht, der die Gesetzgebung und Praxis zum Zugang zu Rechtsbeistand für unbegleitete Kinder in Österreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich untersucht, wurde im Juli 2014 vom European Council on Refugees and Exiles (ECRE) herausgegeben. Der Bericht „Right to Justice: Quality Legal Assistance for Unaccompanied Children“ (Recht auf Gerechtigkeit: qualitativer Rechtsbeistand für unbegleitete Kinder) stellt dar, dass, obwohl die Bereitstellung eines Rechtsbeistands in einer Reihe von Migrations- und Asylverfahren per Gesetz geregelt ist, der Beistand dennoch selten in Fällen zugänglich ist, in denen das Alter der Person unbestimmt ist oder sich die Person in einem Verfahren zur Altersschätzung befindet. [Hier](#) können Sie den Bericht herunterladen und die Ergebnisse nach Land geordnet einsehen.

USA / Gewalt als Hauptursache der Migration von Kindern aus Zentralamerika

Im Zusammenhang mit der großen Anzahl von Kindern aus zentralamerikanischen Ländern, die in den USA in Abschiebehaft genommen werden, wurden Bandengewalt und Ermordung von Familienmitgliedern in den Herkunftsländern als Hauptgründe des Anstiegs der Einwanderung von Kindern genannt. Regierungsmitarbeiter schätzten, dass mehr als 90.000 Kinder im Haushaltsjahr 2014 irregulär ankommen werden (im Vergleich zu 24.493 Festnahmen im Haushaltsjahr 2013). Während viele Kinder unbegleitet sind, kommen einige zusammen mit ihren Müttern. Unterdessen hat das US Department of Homeland Security (DHS; Ministerium für Innere Sicherheit) am 2. September 2014 einen Bericht veröffentlicht, der Anschuldigungen über „systematischen Missbrauch“ von Migrantenkindern abstreitet. Der Bericht folgte Anschuldigungen, dass undokumentierte Kinder Opfer von verbalem Missbrauch und Verweigerung medizinischer Versorgung sind sowie in „unhygienischen, überfüllten und eiskalten Zellen“ gehalten wurden.

Quellen: [Latin Times](#), 1 August 2014; [New York Times](#), 9 July 2014; [The New-York Times](#), 2 September 2014

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

EU / Entscheidung gegen Abschiebehaft von Migrant/innen in Gefängnissen

Der Gerichtshof der Europäischen Union entschied in seinen Urteilen vom 17. Juli 2014 in den Fällen [Bero und Bouzalmate](#) sowie dem Fall [Pham](#), dass das Festhalten von Drittstaatsangehörigen, denen die Abschiebung bevorsteht, in einer regulären Haftanstalt, nicht gestattet ist. Frau Bero, Herr Bouzalmate und Frau Pham waren in Deutschland in Gefängnissen gemeinsam mit verurteilten Strafgefangenen festgehalten worden. Nach der Entscheidung des Gerichtshofs ist dies nicht gerechtfertigt. Dies gilt auch für Regionen, in denen keine besonderen Hafteinrichtungen zur Verfügung stehen oder in Fällen in denen eine Person der Unterbringung in einem Strafgefängnis zugestimmt hat. Die Entscheidung folgt den Bestimmungen der sogenannten [EU Rückführungsrichtlinie](#), in der festgelegt ist, dass jegliche Haft von Drittstaatsangehörigen, die auf ihre Abschiebung warten, nur in speziellen Einrichtungen stattfinden darf und nur in Ausnahmefällen in gewöhnlichen Haftanstalten. Der Gerichtshof entschied auch, dass bei einer Verlängerung der Abschiebehaft diese um höchstens 12 Monate erfolgen darf.

Quellen: [EU Court of Justice Press Release](#), 17. Juni 2014; [EU Law Analysis](#), 21. Juli 2014

NIEDERLANDE / Änderungen des Gesetzes zur Abschiebehaft von unbegleiteten Kindern

Um die Abschiebehaft unbegleiteter Kinder einzuschränken wurde das niederländische Fremden-gesetz modifiziert. Laut Gesetz dürfen unbegleitete Kinder nur in Ausnahmefällen und nur so kurz wie möglich in Abschiebehaft sein. Folgende Umstände gelten als Ausnahmen: wenn ein Kind verdächtigt wird, eine Straftat begangen zu haben oder wegen einer solchen verurteilt wurde; wenn die Abschiebung innerhalb eines Zeitraumes von höchstens 14 Tagen stattfinden soll; wenn ein Kind zuvor aus einem Aufnahmezentrum weggelaufen ist oder in sonstiger Weise Maßnahmen der Freiheitsbeschränkung nicht befolgt hat. Auch wenn es Zweifel über das Alter einer Person gibt, kann gesetzlich eine Abschiebehaft verhängt werden, bis das Alter bestimmt wurde. Es ist nach wie vor möglich, undokumentierte Kinder mit ihren Eltern festzuhalten, sofern die Einrichtung für Kinder geeignet ist. Die Entscheidung des Ministeriums für Sicherheit und Justiz vom 29. August 2014 (Nr. WBV 2014/27) novelliert das Fremden-gesetz aus dem Jahr 2000 und trat am 1. September 2014 in Kraft. Die Entscheidung kann [hier](#) nachgelesen werden.

Quelle: Stichting LOS, Newsletter 4, Nr. 19, 15. September 2014

USA / DEUTSCHLAND / Misshandlung von Migrant/innen und Asylwerber/innen durch Mitarbeiter privater Sicherheitsfirmen in geschlossenen Einrichtungen

In Texas, USA, reichten Rechtsanwälte Beschwerde bei der Migrations- und Zollbehörde (Immigration and Customs Enforcement) und dem Ministerium für Innere Sicherheit (Department of Homeland Security) ein. Mindestens drei Wachleute und Mitarbeiter der privaten Einrichtung Karnes County Residential Center sollen Frauen in der Abschiebehaft sexuell missbraucht und belästigt haben. Der Vorwurf wird von mehreren Frauen, die in der 537 Betten zählenden Einrichtung ihre Abschiebehaft verbringen, gegen Personal der Betreiberfirma GEO Group erhoben. Von Übergriffen gegen AsylwerberInnen durch Personal einer privaten Sicherheitsfirma wurde auch in Nordrhein-Westfalen, Deutschland, berichtet: Fotos, die physische Übergriffe und Demütigungen an Asylwerber/innen durch Mitarbeiter der Firma European Homecare zeigen, wurden im September 2014 von einem Lokalreporter an die Polizei übermittelt. Der Vorfall löste eine Debatte über den Einsatz privater Sicherheitsfirmen aus, deren Aufgabe der Schutz von Personen ist. Im Zuge der Diskussion wurden auch die unzureichenden finanziellen Mittel, die Gemeinden zur Unterbringung von Migrant/innen, Asylwerber/innen und Flüchtlingen bereit stehen, thematisiert.

Quellen: [Associated Press](#), 2. Oktober 2014; [My San Antonio](#) 6. Oktober 2014; [Die ZEIT](#) 29. September 2014

VEREINIGTES KÖNIGREICH / Parlamentarische Untersuchung zu Abschiebehaft

Am 7. Juli wurde in Großbritannien eine parlamentarische Untersuchung zur Anwendung von Abschiebehaft eingeleitet. Die Untersuchung wurde gemeinsam von den parteiübergreifenden Arbeitsgruppen zu Flüchtlingen und Migration (All Party Parliamentary Group on Refugees and the All-Party Parliamentary Group on Migration) geleitet. Schwerpunkte der Untersuchung sollen die Bedingungen in Abschiebezentren, die Auswirkungen auf Betroffene und ihre Familien, finanzielle und soziale Folgen sowie die zukünftige Rolle von Abschiebehaft im Zuwanderungssystem sein.

Quellen: [Migrants Rights Website](#), 29. Juli 2014; [The Detention Inquiry website](#)

VEREINIGTES KÖNIGREICH / Schnellabfertigungssystem für Asyl laut höchstgerichtlicher Entscheidung rechtswidrig

Detention Action, eine britische Hilfseinrichtung, die Menschen in Abschiebehaft unterstützt, hat die Rechtmäßigkeit der Schnellabfertigungspraxis ('detained fast track') durch die Innenministerin angefochten. Das Gericht entschied, dass diese Praxis aufgrund unzureichender Zeit für eine angemessene Rechtsberatung missbräuchlich und daher unrechtmäßig sei. Der Gerichtshof betonte in seiner Entscheidung, dass das hohe Risiko der Ungerechtigkeit in der Schnellabfertigungspraxis durch die frühzeitige Anweisung von Rechtsanwälten/innen behoben werden könne. Lesen sie [hier](#) die schriftliche Urteilsbegründung.

Quelle: [Detention Action](#), 9. Juli 2014

USA / Anwälte bestätigen rechtliche Befugnis von Präsident Obama, undokumentierte Migrant/innen vor Abschiebung zu schützen

In einem Brief an Präsident Obama, der am 3. September von über 100 Migrationsanwälten unterzeichnet wurde, wird darauf hingewiesen, dass der Präsident über die Amtsgewalt verfügt, vorübergehend zusätzliche Gruppen vor der Abschiebung zu schützen. Schlußfolgernd argumentieren die Anwälte, dass die Obama-Regierung als Mittel, um Personen, die in den USA wohnhaft sind und sinnvoll zur Gesellschaft beitragen, zu schützen, die rechtliche Befugnis zur Ermessung bei der Strafverfolgung hat. Die Rechtsanwält/innen weisen darauf hin, dass Präsident Obama somit die sogenannten ‚Aufgeschobenen Maßnahmen für Einwanderung im Kindesalter‘ (‚Deferred Action for Childhood Arrivals‘/ DACA) auf andere Gruppen anwenden könne, wie etwa auf undokumentierte Migrant/innen, deren Kinder US-Bürger/innen sind. ‚DACA‘ ist ein, von der Obama-Regierung verfasstes, Memorandum vom 15. Juni 2012, das junge undokumentierte Migrant/innen, die als Kinder in die USA gekommen sind, vorübergehend vor der Abschiebung schützt.

Quelle: [The Washington Post](#), 3. September 2014

VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN

BERICHT / Zugang zu Wohnraum und Notunterkunft für undokumentierte Migrant/innen in Europa

Anlässlich des Welttages des Wohn- und Siedlungswesens (Habitat-Tag) am 6. Oktober 2014 veröffentlichte die Plattform für Internationale Kooperation zu Undokumentierten Migranten (PICUM), gemeinsam mit dem Europäischen Netzwerk nationaler Organisationen zur Hilfe von Obdachlosen (FEANTSA) und dem Europäischen Netzwerk zur Bekämpfung der Armut (EAPN) ihren aktuellen Bericht. Darin werden Strategien und bewährte Praktiken zur Überwindung von Barrieren beim Zugang zu Wohnraum und Notunterkünften für undokumentierte Migrant/innen dargestellt. Der Bericht ist in englischer, spanischer und französischer Sprache erhältlich und ist das Ergebnis der gemeinsamen Konferenz dieser Organisationen zu Unterkunft und Obdachlosigkeit von Migrant/innen in Europa im Juni 2013 in Brüssel. [Zum Bericht](#).

PÄDAGOGISCHER LEITFADEN / Auseinandersetzung mit undokumentierter Migration im Klassenzimmer

Die Plattform für Internationale Kooperation zu Undokumentierten Migranten (PICUM) hat einen neuen Leitfaden veröffentlicht, der über die Lebensrealitäten undokumentierter Migrant/Innen in Europa aufklären soll. Der Leitfaden für Lehrkräfte ist in englischer, französischer und spanischer Sprache verfügbar und stellt dar, wie PICUMs Webdokumentarfilm ‚Undocumentary‘ (www.undocumentary.org) in welchem das alltägliche Leben undokumentierter Migrant/innen in Europa gezeigt wird, im Klassenzimmer genutzt werden kann. Der Leitfaden ist [hier](#) verfügbar.

MEDIENGLOSSAR / Begriffsdefinitionen und Leitlinien zur Berichterstattung über Migration

Die Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen (UNAOC) und das Panos Europe Institute (IPE) stellten im Rahmen des 6. Globalen UNAOC Forums am 29. August 2014 in Bali ihr „Medienfreundliches Glossar zu Migration“ („Media-Friendly Glossary on Migration“) vor. Ziel des Glossars ist es, einen angemessenen medialen Sprachgebrauch zu Migration zu bewirken und Journalist/innen und Herausgeber/innen Begriffserläuterungen und Definitionen bereit zu stellen. Es wird betont, dass der Begriff ‚illegaler Migrant‘ niemals verwendet werden sollte. Das Medienglossar ist [hier](#) zum Download verfügbar.

HANDBUCH / Informationen zur Beteiligung an Europa 2020 und zum Europäischen Semester

Die EU-Allianz für ein demokratisches, soziales und nachhaltiges Europäisches Semester (‘Semester Alliance’) veröffentlichte im Juli 2014 ein Handbuch zur Beteiligung an Europa 2020 und dem Europäischen Semester (‘Toolkit for Engaging in Europe 2020 and the European Semester’). Das Handbuch erläutert das Europäische Semester und stellt Kontaktinformationen, eine Liste von Interessensvertretern, Musterbriefe und ein Glossar relevanter Begriffe und Akronyme bereit. Ziel des Handbuchs ist es, Organisationen und andere Akteure in ihrer Beteiligung an der Europa 2020 Strategie zu unterstützen. Diese strebt an, bis 2020 zumindest 20 Millionen Menschen aus der Armut zu befreien. Die sogenannte Semester-Allianz ist eine breite Koalition der größten Europäischen Zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften und wird vom Europäischen Netzwerk zur Bekämpfung der Armut (EAPN) koordiniert. Das Handbuch und nähere Informationen zur Semester-Allianz finden sie [hier](#).